

AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : III-60

By Mr : Joschka Fischer

Status : - Member

Artikel III-60 (neu)

Stellt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses mit qualifizierter Mehrheit einstimmig fest, dass Maßnahmen ~~zur Körperschaftssteuer die Zusammenarbeit zwischen den Behörden oder die Bekämpfung der Steuerhinterziehung betreffen~~ auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Energiesteuern, deren Hauptzweck der Umweltschutz ist, folgendes betreffen:

1. die Beseitigung unmittelbarer Hemmnisse für den freien Waren-, Personen-, Dienstleistungs- oder Kapitalverkehr sowie insbesondere die Verhinderung der Diskriminierung, Doppel oder Nichtbesteuerung ;
2. die Beseitigung des schädlichen Steuerwettbewerbes ;
3. die gegenseitige Amtshilfe, den Auskunftsaustausch und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Gemeinschaft insbesondere im Hinblick auf die Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Steuerflucht sowie die Beitreibung von Steuerschulden,

erlässt er mit qualifizierter Mehrheit ein Gesetz oder Rahmengesetz über diese Maßnahmen, soweit sie für das Funktionieren des Binnenmarkts und die Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen notwendig sind.

Das betreffende Gesetz oder Rahmengesetz wird nach Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirtschafts- und Sozialausschusses erlassen.

Explanation (if any) :

Das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts erfordert eine Ausweitung der

qualifizierten Mehrheit auf dem Gebiet der direkten Steuern und der Energiesteuern, deren Hauptzweck der Umweltschutz ist. Nur so können derjenige steuerlichen Hindernisse beseitigt werden, die der Herstellung des Binnenmarktes und der Ausschöpfung seines vollen Potentials entgegenstehen. In der Einstimmigkeit kann deshalb die Besteuerung derjenigen Vorgänge verbleiben, die sich innerhalb eines Mitgliedstaates abspielen. Mit der Ausweitung des Mehrheitsverfahren sollen vielmehr grenzüberschreitende Transaktionen zwischen den Mitgliedstaaten von Kosten entlastet werden, da der reibungslosen Durchführung dieser Transaktionen regelmäßig zusätzliche nationale Steuerhindernisse des Herkunfts- und Zielstaates einer Investition im Weg stehen. Die Beseitigung dieser Hindernisse vermeidet Zusatzkosten für Unternehmer, Steuerverwaltungen und Verbraucher und steigert das Wachstum in der Gemeinschaft.

Die Überführung der Besteuerung der Energiesteuern in das Mehrheitsverfahren ergibt sich aus der Natur der Sache, da Umweltschutz nicht von Staatsgrenzen Halt macht.

Art. 175 Abs. 2 Buchstabe a) EGV (Art. III-125 Abs. 2 Buchstabe a) ist zu streichen.